

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Lö/HaFA (Land)

28. Sitzung

05.05.17

Haushalts- und Finanzausschuss

(Land)

28. Sitzung

am 5. Mai 2017

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Frau Aulepp (SPD)

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)

Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender

Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Herr Gottschalk (SPD)

Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)

Abg. Herr Hinnens (CDU)

Abg. Herr Leidreiter (Gruppe Liberal-Konservative Reformer)

Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender

Abg. Herr Özdal (CDU)

Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)

Abg. Herr Schmidt (SPD)

Abg. Frau Tuchel (SPD)

Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr)

Staatsrat Strehl)

Herr Sommer)

Herr Fehren)

Herr Meyer)

Frau Dr. Saebetzki)

von der Senatorin für Finanzen

Herr Schneider)	
Herr Dr. Weller)	
Frau Sokol		Präsidentin des Rechnungshofs
Herr Meyer-Stender)	vom Rechnungshof der Freien
Frau Dr. Otten)	Hansestadt Bremen
Frau Holsten		von der Senatskanzlei
Herr Boye		vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Schütte-Thuy		von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Hartwig		vom Gesamtpersonalrat Bremen
Frau Tanja Meyer		von Immobilien Bremen
Frau de Witt)	
Herr Dr. Tuz)	Bremer Straßenbahn AG
Frau Mußmann		Mitarbeiterin der Fraktion der CDU
Herr Reetz		Mitarbeiter der Fraktion der FDP
Herr Yintdag		Mitarbeiter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 14.37 Uhr.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 27. Sitzung vom 31. März 2017

Abg. Herr Liess bittet auf Seite 463 das Protokoll beim TOP I. 1.1 (Schmerzensgeldansprüche übernehmen) bei seiner Wortmeldung dahingehend zu ergänzen, dass ein Vorschlag für eine vergleichbare Regelung nicht nur für die Angestellten des öffentlichen Dienstes, sondern auch „für die im öffentlichen Auftrag tätigen“ erarbeitet werden soll.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das so geänderte Protokoll der 27. Sitzung vom 31. März 2017.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Dezember 2016 - Vorlage Drs. 19/881 -

Abg. Herr Eckhoff weist darauf hin, dass auch der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen bislang keine Begründung für die Änderung des bremischen Justizkostengesetzes enthalte und bittet die Koalitionsfraktionen, diese vor einer endgültigen Beratung über diesen Gesetzentwurf nachzureichen. Des Weiteren bittet er den Ausschussreferenten, die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die bislang nicht auf das Anhörungsschreiben des Ausschusses reagiert haben, letztmalig - unter Setzung einer kurzen Ausschlussfrist - an eine Stellungnahme zu erinnern.

Abg. Herr Liess erklärt, die Koalitionsfraktionen werden die noch fehlende Begründung des Gesetzentwurfes zur Änderung des bremischen Justizkostengesetzes nachreichen und bittet deshalb darum, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (Stand: 31. März 2017)

Abg. Herr Liess bittet entsprechend der Protokollberichtigung die Ziffer 91 der Auftragsliste um die „für die im öffentlichen Auftrag tätigen“ zu ergänzen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) schließt sich der Bitte des Abg. Herrn Liess an und nimmt im Übrigen die Auftragsliste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten - Vorlage 19/341 L -

Abg. Herr Dr. vom Bruch kritisiert die zu Nr. 92 der Auftragsliste beantragte Fristverlängerung. Die hinter der Berichtsbitten stehende Fragestellung sei einfach zu beantworten, sodass die Gewährung einer Fristverlängerung nicht notwendig erscheine. Er erwarte deshalb, dass dieser Bericht noch vor der nächsten HaFA-Sitzung fertiggestellt und direkt an die Ausschussmitglieder weitergeleitet werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) schließt sich der Bitte des Abg. Herrn Dr. vom Bruch an und stimmt im Übrigen den beantragten Fristverlängerungen zu.

III. Initiativen des Senats

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Terminplanung Haushaltsaufstellung 2018/ 2019 - Vorlage 19/342 L -

Abg. Herr Eckhoff erklärt, dem Senat müsse es grundsätzlich möglich sein, den Abschluss des Haushaltsaufstellungsverfahrens zeitlich so zu bemessen, dass der Bürgerschaft die erste Lesung zu den Haushaltsgesetzen 2018 / 2019 in ihren Septembersitzungen möglich sei. Dies vor dem Hintergrund, dass die Bürgerschaft im Oktober 2017 nicht tage, eine haushaltslose Zeit im Jahre 2018 vermieden werden solle und dem parlamentarischen Haushaltsgesetzgeber ein angemessener Zeitraum zur Durchführung der Haushaltsberatungen eingeräumt werden müsse.

Die **Abg. Herren Prof. Dr. Hilz und Rupp** schließen sich für ihre Fraktionen der Aufforderung des Ausschussvorsitzenden an und erwarten eine entsprechende Anpassung der Terminplanung für die Haushaltsaufstellung.

Abg. Herr Fecker führt aus, auch die Koalitionsfraktionen haben ein großes Interesse daran, eine haushaltslose Zeit im Jahre 2018 zu vermeiden. Ziel müsse es deshalb sein, die zweite Lesung zu den Haushaltsgesetzen spätestens im Dezember 2017 durchzuführen. Da selbstverständlich dem Parlament auch ein angemessener Zeitraum für Beratungen zugestimmt werden müsse, sei eine entsprechende Anpassung der Terminplanung - wie von der Fraktion der CDU vorgeschlagen - zwingend erforderlich.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Terminplanung für die Haushaltsaufstellung 2018/ 2019 zur Kenntnis und fordert den Senat einstimmig auf, diese dahingehend anzupassen, dass eine Weiterleitung der Haushaltsentwürfe an die Bremische Bürgerschaft bereits rechtzeitig zur Septembersitzung erfolgt.

3. **Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten**
- 3.1 **Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 31.12.2016
- Vorlage 19/340 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

- 5.3 **Kosten der Übernahme der Gehaltsabrechnung von Lehrern und Polizisten in Bremerhaven durch Performa Nord, hier: Berichtsbitte der Fraktion FDP, lfd. Nr. 90 der Auftragsliste
- mündlicher Bericht -**

Staatsrat Lühr erläutert mündlich den grundsätzlichen Sachverhalt und kündigt an, einen schriftlichen Bericht als Anlage zum Protokoll (**Anlage 1**) nachzureichen.

Die **Abg. Herren Eckhoff** und **Prof. Dr. Hiliz** kritisieren, dass zu einer Berichtsbitte vom 2. Februar 2017 keine schriftliche Vorlage für die Ausschusssitzung erstellt worden sei und erwarten nunmehr eine zeitnahe Nachreichung des schriftlichen Berichtes als Anlage zum Protokoll.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

6. **Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik**
- 6.1 **Analyse der Finanzplanungsauswirkungen der Forward-Zinssicherungsgeschäfte
- Vorlage 19/343 L -**

Herr Dr. Weller erklärt, das Finanzressort erstelle derzeit ein Glossar zu Fachbegriffen bzw. Fachbezeichnungen und werde dieses nach Fertigstellung auch dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Verfügung stellen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

IV. Verschiedenes

1. Stand der Verhandlungen zum Sanierungsprogramm 2017 - 2019

Abg. Herr Rupp möchte wissen, in welcher Form in der aktuellen Sanierungsvereinbarung die ab 2020 grundsätzlich günstigere Finanzlage Bremens berücksichtigt werde.

Abg. Herr Liess ergänzt diese Fragestellung dahingehend, ob in Anbetracht der Finanzlage ab dem Jahr 2020 bereits zum jetzigen Zeitpunkt Übergangsszenarien diskutiert werden.

Staatsrat Strehl antwortet, dass Übergangsszenarien aktuell nicht Gegenstand der Diskussionen seien. Grundsätzlich sei damit der Sanierungsweg, wie ursprünglich vereinbart, bis zum Jahre 2019 einzuhalten. Auch warte das Finanzressort zunächst die gesetzliche Umsetzung der vereinbarten zukünftigen Bund-Länder Finanzen ab, bevor diese in der Sache sehr sensiblen Fragestellungen mit dem Stabilitätsrat diskutiert werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt
Kenntnis.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 15.01 Uhr)

gez. Jens Eckhoff
Ausschussvorsitzender